

Der Besselschaffter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

gegründet 1826

Freitag, den 28. Juli 1920

Bestellpreis Zeitung im
Abonnement. —
Einzelhefte sind dabei von
bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr für
den Inhalt gegeben, auch
wenn die Redaktion in bestimmten
Fällen einen besonderen
Erfolg zu erzielen sucht.
In Fällen von Unrichtigkeit
wird jedoch kein Anspruch auf
Entschädigung oder Ersatz
erhoben. —
Telegraphische Adressen:
Nagold, 1111.

Telegraphische Adressen:
Nagold, 1111.

Nr. 173

Mittwoch den 28. Juli 1920

94. Jahrgang

Die Neutralitätsorgen

Die heute Deutschland beherrschenden, sind nicht ganz ohne Berechtigung. Denn wenn zwischen Sowjetrußland und Polen nicht bald ein Waffenstillstand und im Anschluß daran der Friede zustande kommt, erachtet sich Frankreich und England verpflichtet, Polen, dessen Bestand nach ihrer Ansicht für den europäischen Frieden notwendig ist, nachdrücklich zu unterstützen. Polen, das nach Barriere-Auffassung Frankreichs Stellung gegen Deutschland verstanden werden sollte, ist zunächst zu einem Element der Schwäche geworden und droht Frankreich in einen neuen Krieg zu verwickeln. Der russisch-polnische Streit droht sich zu einem Krieg Rußlands mit den Westmächten auszuweiten.

Weder Deutschland noch Sowjetrußland ist Mitglied des Völkerbundes; für ihre Beziehungen gilt also das allgemeine Völkerrecht. Eine papierene Neutralität ist wertlos, sie muß tatsächlich durchgeführt werden. Die Gefahr einer Grenzüberletzung droht natürlich zunächst Ostpreußen. Im weiteren Verlauf eines Krieges können aber abgedrängte Truppenteile oder marodierende Banden an irgend einer anderen Stelle versuchen, über unsere Grenze zu gehen. Deutschland ist also verpflichtet, seine ganze Ostgrenze wenigstens beobachten zu lassen. Da kann nur eines helfen. Die verbündeten Hauptmächte müssen sofort das Abstimmungsgebiet Deutschland zusprechen. Das Ergebnis der Abstimmung ist ja so eindeutig, daß keine Anfechtung daran etwas ändern kann.

Weniger einfach liegen die Dinge in Oberschlesien, wo die Abstimmung noch nicht stattgefunden hat. Wie das Ergebnis ausfallen wird, kann nach dem Vorgang in der 2. Zone von Schlesien und in Ost- und Westpreußen nicht zweifelhaft sein.

Schwierigkeiten bei Wahrung unserer Neutralität werden uns noch mehr von anderer Seite erwachsen. Die geheimnisvollen Transporte durch Sachsen, durch Oberhessen zeigen das. „Echo de Paris“ berichtet über eine Ausrüstung Mittelrunds im Kammerauschuß, der Versailler Vertrag verpflichtete in seiner sinngemäßen Auslegung Deutschland, Truppentransporte zur Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit Polens zu dulden. Er glaube, daß seine Auffassung auch diejenige des Rates der Alliierten sei. Und der „Temps“ erklärt sich, ein Teil der französischen Truppen werde unter allen Umständen über Deutschland transportiert werden. Mit dieser Deutlichkeit weist die Regierung durch das B.Z.B. darauf hin, daß der Friedensvertrag uns nicht zur Duldung solcher Transporte zwingt, daß die Abgabe deutscher Kriegsmaterials an Polen, an die man ebenfalls in Ententezeiten denkt, dem klaren Wortlaut des Vertrags widerspricht. Die Regierung wird vielleicht bald ihren Standpunkt mit Festigkeit vertreten müssen.

Ob sich die Westmächte um deutsche Proteste in diesem Fall mehr kümmern werden als in früheren, ist fraglich. Die Wahrung der Neutralität erfordert ein gewisses Mindestmaß von Macht. Auch in den Tagen des Völkerbundes muß an Stelle des Verhandlung im Notfall das Handeln treten.

Syrien unter dem französischen Protektorat.

Stuttgart, 27. Juli. Die französische Diplomatie hat durch die Belagerung von Damaskus einen Erfolg zu verzeichnen, der in seinem Wert z. Bt. durch die Mittel, die ihn erzielten, hohem, in Frankreichs Auge, wohl nicht gemindert erscheint. Erst eine spätere Zukunft muß zeigen, ob die ganz in den Bahnen der sonstigen „Eingeborenen Politik“ sich bewegende Art, wie man mit den Sorern und ihrem König Feisal umgegangen ist, sich nicht schwer rächen wird: ein schändliches Dulden der Autonomie Bestrebungen des jungen Staatswesens, das erst in dem Augenblick, wo genügend französische Truppen an der syrischen Küste standen, sich in drohende Haltung verwandelte. Ein Ultimatum, dessen sofortige Annahme der Öffentlichkeit in Europa zunächst verheimlicht wurde; dann im Auswärtigen Ministerium, unvermeidlicher Zusammenstoß der Franzosen mit syrischen Soldaten und die Fiktion eines „zu erwartenden“ syrischen Angriffs. So ist die „Berechtigung“ des Vorstoßes nach Damaskus dargestellt.

Der Erfolg dieses militärischen Spazierganges wird zunächst der sein, daß die syrische Königsherrschaft des Emirs Feisal zu Ende geht. Die Stellung König Feisals war von Anfang an schwierig. Er mußte mit zwei Hauptparteien rechnen. Die „Nationalisten“ sind durch die in Syrien schon lange wüthende französische Propagandaarbeit ganz in Barriere-Auffassung gezogen. Besonders die syrischen Küstenstädte mit ihrer finanzkräftigen „Leontinischen“ Kaufmannschaft und der Einfluß der französischen Missionen sind die starken Stützen der französischen Politik. Demgegenüber steht der tabulae „Arabische Klub“, der nationale und mohammedanische Interessen vertritt. Seiner Herkunft nach sympathisiert wohl Feisal eher mit der letzteren Richtung, die auch als das kriegerische Element das militärische Rückgrat des Königtums bilden müßte. Finanziell aber ist Syrien auf die französischfreundlichen Kreise angewiesen.

Kaufmännisch wirkte sich der Gegensatz zwischen beiden Parteien in den vielen Angriffen arabischer Banden auf christ-

liche und seldische Siedlungen aus, bei denen in den letzten Monaten viel Blut geflossen zu sein scheint, wenn auch die französischen Meldungen aus durchsichtigen Gründen hier stark übertrieben haben mögen. Eine Sonderstellung nimmt die Bevölkerung des Libanon ein, die ja auch unter der türkischen Herrschaft sich viele autonomen Rechte gewahrt hatte, damals mit Unterstützung der Franzosen, von denen sie jetzt aber energig abgerückt ist.

England hat seit der Konferenz von San Remo seine Hand von Feisal abgezogen. Die in San Remo — und zwar auf Deutschlands Kosten — erzielte Einigung über die Unterstellung Palästinas unter englisches Mandat, um es in eine nationaljüdische Heimstätte umzuwandeln, hat Englands Interesse an dem „Königreich Syrien“ erlöschen lassen. Mit Palästina wird auch Nordmesopotamien dem Machtbereich von Damaskus entzogen werden. Was vom Königreich Syrien übrig bleibt, ist mit der Befreiung von Damaskus dem französischen Protektorat verfallen.

Damit ist die nächste Zukunft, wie sie sich nach der Preisgabe Feisals durch England darstellt, umschrieben. Auch hier eine Lösung, die würdig dem Geiste der Verträge von Versailles, St. Germain, Neuilly und Sevres — wo der türkische Frieden unterzeichnet werden soll — dem Hohn spricht, was Wilson in seinen 14 Punkten als Norm aufgestellt hatte, daß nämlich das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen von ausreichender Kulturhöhe gesichert werden sollte. Was den im Völkerbund thronenden Regern von Liberia recht ist, hätte danach doch sicher den Sorern und Arabern der mittelasiatischen Osthälfte billig sein müssen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Juli. Die Sitzung beginnt um 5^{1/2} Uhr. Tribünen, Hans und Ministerbank sind hart besetzt.

Präsident Ebbé redet über die Abstimmungsergebnisse in Ostpreußen. Sie seien ein Stoß und ein Trost, zugleich eine Hoffnung bezüglich Oberschlesien und in dem Sinne, daß auch die andern uns anverleihen Lasten des Versailler Friedens freilich nicht mit Gewalt, sondern aus der Macht des Rechtes wieder gut gemacht werden.

Gemäß dem Antrag Burckhardt wird die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten durch Zuzug erledigt.

Schutz-Bromberg (D.D.): Meine Partei hält an den Bedenken gegen die Person des unabhängigen Vizepräsidenten fest, zieht daraus aber keine Konsequenzen mit Rücksicht auf die Gesamtlage. — Der bisherige Präsident und Vizepräsident werden wiedergewählt.

Die Regierungserklärung.

Reichskanzler Fehrenbach erstattet sodann Bericht über Spaa und dankt dem Minister des Auswärtigen für die geleistete Arbeit. Viel Neues läßt sich nicht sagen. Die Verhandlungen haben sich nicht zwischen zwei gleichen Parteien vollzogen, sondern den Charakter eines ultimatumartigen Doktrins getragen. Insofern standen wir vor der Frage des Abbruchs. Wir haben uns schließlich gefügt, aber bei der Entwaflnung und der Kohlenfrage unseren Standpunkt gewahrt. Unser Rechtsstand basiert auf dem Völkerrecht. Deshalb müssen wir den Komarisch ablehnen. Dagegen gibt es nur ein Mittel, die eingegangenen Verpflichtungen so sorgfältig wie möglich zu erfüllen. In Bezug auf die Reichswehr haben wir kein offenes Ohr gefunden. Es wurde uns nur eine Frist von einem halben Jahre zugesprochen. Auch in der Entwaflnung müssen wir den Wünschen der Entente entsprechen, um das Misstrauen zu beseitigen. Ich warne deshalb vor einseitigen Rufen und Urteilen, die gerade jetzt ein Verbrechen an der Nation wären. In den nächsten Tagen wird eine entsprechende Gesetzesvorlage dem Hause zugehen. Die Sachverständigen sind der Ansicht, daß die uns in der Kohlenfrage auferlegten Lasten umwandelbar seien, aber in der Gefahr greift man zum letzten Mittel, um das große Unglück des Vaterlandes zu vermeiden. Alle Kräfte müssen herangezogen werden, um die Aufgabe zu erfüllen. Bergarbeiter und Transportarbeiter verdienen Dank für ihre väterländische Haltung. Einem kraftlosen Volke ist bei Anspannung aller Kräfte auch das Unmögliche möglich geworden. Jetzt soll es zeigen, welche körperliche, geistige und moralische Kraft ihm innewohnt. (Lebhafte Beifall.)

Minister des Auswärtigen Simons nimmt Bezug auf das Weiskind, dankt im Namen des Kabinetts allen Sachverständigen und betont: Für die Ergebnisse von Spaa tragen die Minister gemeinsam die Verantwortung und haben des Urteils des Hauses. Ich bitte nicht nachzuforschen, wie sich jeder einzelne Minister zu den einzelnen Punkten verhalten hat. Fülle uns war es ein Ringen um die einzelnen Punkte. Für die Zukunft war es mehr: Die Verteilung der Beute von Versailles. Daß unsere Gegner den Friedensvertrag von Versailles außerordentlich ernst nehmen, ist uns in Spaa klar geworden. Da nicht es nichts, immer vom Schmachtrieden zu reden, man muß die Fühne stolz und selbstbewußt und den Vertrag durchzuführen versuchen. Er entspricht weder dem Waffenstillstand noch dem Völkerrecht. Wir müssen warten, bis eine höhere Macht die Gegner eines Besseren belehrt. Bis dahin wollen wir uns bemühen, dem Vertrag zu entsprechen. Die Alliierten würden den Komarisch ins Ruhegebiet als einen Sprung ins Dunkle

nur sehr ungern vorgenommen haben. Er freute sich, in dem Botschafter Laurent einen Mann nach Berlin bekommen zu haben, der die wirtschaftlichen Beziehungen mit Frankreich wieder aufnehmen wollte. Der Redner kommt dann auf die Flaggangelegenheit zu sprechen. Wie waren im Unrecht und mußten für den Streich eines Loren Genugtuung geben. Wegen die französische Gefandtschaft in München habe er bereits protestiert. Trotzdem habe Herr Laub den bayerischen Ministerpräsidenten wie Fietz aus dem Busch überempelt. Bayern werde seinen Gesandten nach Paris schicken. Eine Furcht vor der bayerischen Regierung wegen etwaiger Erziehung einer neuen Romaine sei absolut unangebracht. Was die Verhaftung Dr. Doretens anlangt, so habe er für beratliche eigenmächtige Handlungen einzelner Regierungstellen kein Verständnis. Herr Doret sei bereits wieder unterwegs nach Wiesbaden. In der Polenfrage habe Lloyd George zu unseren Gunsten eingegriffen und habe dabei sicher nicht an unseren Vorteil gedacht. Aber er habe einen offenen Blick und er wolle ihn, der jetzt erkrankt sein solle, wünschen, daß er bald wieder hergestellt sein werde. Mit Italien werden sich unsere Beziehungen bald wieder einstellen.

Mit Amerika befinden wir uns noch immer im Kriegszustand. Ein Ende ist vor März nächsten Jahres nicht abzusehen. Dafür seien aber trübe humanitäre Bestrebungen ein, für die wir herzlich danken. Das Rote Kreuz findet hier ein weites Arbeitsfeld und erfreut sich internationaler Unterstützung, wie ein zustimmendes Schreiben des Schweizer Bundespräsidenten Ador beweist, dem ich an dieser Stelle herzlich danke. Der Minister bespricht sodann die äußeren Ergebnisse in Spaa und bedauert, daß so vielfach der Haß der belgischen Bevölkerung zutage getreten sei.

Wir wollen in dem russisch-polnischen Kampf neutral sein, doch der Versailler Vertrag macht uns das schwer. Wir lassen daher keine Transporte für beide Mächte durch unser Gebiet hindurch und haben jede Ausfuhr von Waffen und Munition dorthin untersagt. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die bolschewistische Regierung jetzt anerkannt. Das ist schon zur Zeit des Friedens von Brest-Litowsk der Fall gewesen. Er sehe auch nichts Schlimmes in der Sowjetrepublik. Es werde dort eine rege Aufbautätigkeit betrieben, die uns vielfach als Muster dienen könne. (Beifall links. — Zuzug: Das hat Ihr wohl nicht erwartet.) Nur hat man uns nicht geraten, uns in Rußlands Arme zu werfen, um die Versailler Verpflichtungen los zu werden. Davor werden wir uns hüten. Wir haben an einem 30jährigen Krieg genug. Wenn Polen seine künftige Aufgabe darin sucht, eine Barriere zwischen Rußland und Deutschland zu bilden, wird es eine höchst unglückliche Zukunft haben. Das Gegenteil könne der Fall sein, wenn es eine Brücke sein wolle. Deutschland habe nichts gegen Polen. Der Redner kommt sodann auf Bela Khan zu sprechen. Nachdem das Auswärtige Amt Kenntnis von der Anwesenheit Bela Khans gehabt habe, mußte es eingreifen und ihn und seine Kollegen festnehmen. Solange die Festgenommenen sich bei uns befinden, wird ihnen nichts geschehen. Stellt sich heraus, daß Bela Khan nur ein politischer Verbrecher ist, wird er dorthin gebracht werden, wohin er es wünscht. In andern Fall wird er ausgeteilt.

Der Minister bespricht sodann die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, verliest die dort angenommene Resolution und appelliert an das Haus, diese Forderungen zu unterstützen. Er schließt mit einem Ausblick auf Genf, wo zwischen unsern Leistungsfähigkeiten u. den Bedürfnissen Frankreichs die Mitte gezogen werden müsse. Der Minister appelliert an das Haus, der Regierung das gleiche Vertrauen mit auf den Weg zu geben, wie bei der Konferenz in Spaa.

Die Besprechung wird sodann auf morgen nachmittags 2 Uhr vertagt. Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird ohne Debatte in allen drei Lesungen genehmigt. — Schluß 7^{1/2} Uhr.

Tages-Neigkeiten.

Der deutsche und der englische Werkbund.

Der englische Werkbund, der während des Krieges begründet wurde und als Vorbild sich den deutschen Werkbund genommen hatte, hatte jetzt an den deutschen Werkbund geschrieben, seine Mitglieder hätten einstimmig beschlossen, mit dem deutschen Werkbund in geistigen Austausch zu treten: „Wir fühlen, daß unsere Ziele so viel gemeinschaftliches haben, daß wir enger verbunden sein sollten. Wenn es auch zwischen den verschiedenen Völkern in der Arbeit viel Wettbewerb geben muß, so sollte dieser Wettbewerb doch ein freundlicher sein.“

Luftverkehr Belgien—Elsch.

Die Einführung eines regelmäßigen Luftverkehrs Antwerpen—Brüssel—Straßburg und zurück zur Förderung von Reisenden, Briefpost und Gepäck bis 200 Kilogramm mit Rücksicht an die bereits bestehenden Linien Straßburg—Frankfurt und Straßburg—Zürich wird in Belgien geplant.

Abgelehntes Hilfsangebot Ungarns.

Berlin, 27. Juli. Die ungarische Regierung hat den Alliierten eine Note zugestellt, in der das ungarische Heer der Entente zur Verfügung gestellt wird zur Unterstützung Polens gegen Rußland. Das Angebot ist bereits ablehnend beantwortet worden.



zählt, kann er ein wichtiger Faktor des öffentlichen Lebens werden und ist der Mitarbeit aller Stände wert. Nach herzlichem Dank an den Vortragenden, der mit dem letzten Zug wieder abreisen mußte, vollzog Herr Defan Otto durch Belebung und Beratung der Sängern die endgültige Konstitution der Ortsgruppe und verließ, daß dieselbe im Herbst und Winter ihre Tätigkeit in mannigfachen Veranstaltungen beweisen zu können hoffe. Dann ist Aussicht, die Zurückhaltung gewisser Kreise, die aus einkaufenden oder auch nichtigen Gründen noch beiseite stehen, noch vollends zu überwinden.

Staatslotterie. Die 2. Klasse 16. Lotterie mit 10 000 Gewinnen in barem 2566 400 M. worunter u. a. je 2 Gewinne zu 100 000, 50 000, 30 000, 20 000, 10 000 M. wird am 12. und 13. August d. J. in Berlin gezogen.

Wie beseitigt man Hagelschaden? Infolge der Hagelwetter werden nicht nur die Feld- und Gartengewächse, sondern auch die Obstbäume beschädigt; die Früchte werden angeknirscht, erhalten Flecken, die Blätter werden durchlöchert. Zweige werden getrennt oder ganz abgeknirscht. Um den Baum zu retten, ihm anzuhelfen, schneide man vor allem die geknickten Zweige mit scharfem Messer glatt ab. Der Schnitt muß aber schräg geführt werden, damit das Regenwasser schnell ablaufen und keine Fallstellen auftreten können. Unter dem Baum sammle man alles, was der Hagel abgeworfen hat: die abgeknirschten Zweige und Blätter, die Äpfel und Birnen. Die abgeknirschten Früchte lasse man zu Seese. Angeknappte Früchte soll man nicht auf dem Baum lassen, sie fangen nach und nach den verrottenen Baum streife mit einer Mischung von Asche, Rindendünger und Kuhmist. Wunden an Ästen und Stamm sollen mit Baumwolle oder mit Leinwand und Korkdichtung behandelt werden. Obwohl man das abgeknirschte Steinobst im Haushalt nicht gut verwenden kann, muß man es doch zusammenlesen und wegwerfen, denn in faulendem Steinobst bildet sich massenhaft schädliches Madenzeug.

Der Grenzverkehr mit der Schweiz. Der Abbau des Grenzschusses ist nun doch in Kraft getreten. Die angekündigten Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr sind in Kraft getreten. Die gelben Kontrollblätter sind in Wegfall gekommen. In diesen mußte der Aus- und Eingang eingetragen werden. Jetzt kann jeder deutsche Pöschhaber beliebig die Grenze überschreiten, vorausgesetzt, daß er ein Schweizerisches Blum hat. Ueberrassungen in der Schweiz sind nach wie vor nicht statthaft. Uebertretungen dieser Vorschrift werden durch Pöschziehung geahndet. Die Kontrolle der Pässe ist vom Militär auf die kantonalen Zollbehörden übergegangen. Das bedeutet also lediglich einen Uniformwechsel. Andere Grenzschußsoldaten haben Arbeit in privaten Betrieben gefunden. Es fragt sich, ob die Aufhebung des militärischen Grenzschusses schon bis 31. August vollzogen ist.

Die deutsche Papierindustrie. Ueber die Lage der deutschen Papierindustrie wird der Frankf. Zeitung u. a. geschrieben: die sich schon im Mai bemerkbar machende Stodung im Eingang von Kautschuk für Papier hat sich im Juni weiter verschärft. Der Papiergroßhandel hält mit Kautschuk sehr zurück. Auch das Auslandsgeschäft ist ruhig geworden. Die Rohstoffversorgung hat sich etwas gebessert. Bei den sich noch immer behauptenden, ja sogar steigenden Rohstoffpreisen und Arbeitslöhnen hat eine Senkung der Papierpreise trotzdem nicht stattgefunden.

Schwäbische Jugendherbergen. Der Vorstand der Landesvereinigung hat soden das erste Verzeichnis der Untertunftsstätten in Württemberg veröffentlicht. Es sind 27 im Land zerstreute Plätze aufgeführt, denen in Bälde eine Reihe weiterer folgen wird. Das Verzeichnis kann von den Geschäftsstellen des Schwäb. Albvereins (Tübingen) und des Württ. Schwarzwaldbvereins (Stuttgart) um 20 J und gegen Postgeld bezogen werden.

Aus dem übrigen Württemberg.

Gründung einer Zwangsinnung für das Mühlen- und Sägewerke.

Calw, 26. Juli. Nachdem schon in einer früheren Versammlung der Rundenmüller der beiden Oberämter Nagold und Calw, der Beschluß gefaßt worden war, eine Zwangsinnung für das Mühlen- und Sägewerke zu gründen und von der württembergischen Regierung des Schwarzwaldbkreises zu Rentlingen eine Anregung zum Zusammenschluß der Innungen der beiden Oberämter Nagold und Calw gegeben worden ist, fand am Sonntag, den 25. ds. Mts. im Gasthof zum Hirsch in Calw eine Versammlung von sämtlichen Müllern der beiden Oberämter (es fehlte nur ein Kollege) besuchte Versammlung statt, in welcher die Zwangsinnung gegründet wurde. Der Name ist: Zwangsinnung für das Mühlen- und Sägewerke der Oberamtsbezirke Nagold und Calw, dem nun sämtliche Müller angehören müssen. Bei der sofort vorgenommenen Wahl des Vorstandes, der aus Vorstehenden und vier Mitgliebern besteht, wurden einstimmig gewählt: zum Vorstehenden Christ. Büchsenstein, Felschhausen, zu seinem Stellvertreter Albert Kaiser, Pfundorf; zum Schriftführer Nikolaus Trau, Bad-Teinach; zum Kassierer Ernst Weir, Wülbberg und als weiteres Vorstandsmitglied Karl Haisch, Bad-Teinach. Nach der Wahlrede wurde sofort das Tagesprogramm aufgenommen und berichtete der Vorstehende, Herr Büchsenstein, über die am 4. Juli 1920 zu Stuttgart stattgefundene Hauptversammlung des Württ.-Hohenzollernschen Müllerbundes, worauf er Herr Kollege Trau aus Bad-Teinach das Wort zum Thema „Zweck und Ziel unseres heutigen Zusammenschlusses“ erteilte. Trau schilderte nun in sachlicher Ausführlichkeit die Lage des Mühlen- und Sägewerkes bisher und die nunmehrige Aufgabe der Zwangsinnung, insbesondere durch ein straffes Zusammenfassen der Mitglieder endlich die alten Uebelstände in der Mühllohnfrage und des Rundenfahrens, der Neuzeit u. den heutigen allgemein hohen Löhnen und schwierigen Verhältnissen entsprechend, zu regeln. Als Mindest- und Maßlohn wurde hierauf einstimmig gemäß dem Stuttgarter Beschluß des Müllerbundes pro Ztr. 6 M (mit Wasserkraft) festgesetzt. Nachdem noch verschiedene Anfragen aus der Versammlung heraus u. a. wegen der Trinkgeldermittel und des Rundenfahrens etc. erledigt waren, schloß der Vorstehende, für den vollständigen Beschluß dankend, die Versammlung.

Uttingen. Vor kurzer Zeit hat hier eine Kuh drei Kübber zur Welt gebracht und zwar in Abständen von je

einem Tag. Eines der Kübber konnte erhalten bleiben, die beiden anderen sind eingegangen; auch die Kuh mußte geschlachtet werden, da es höchst unsicher schien, ob man sie durchbringen könne nach diesem dreifachen Kübberverlust.

Freudenstadt. Die hiesigen Gesangsvereine „Viederklang“ und „Männerchor“ haben sich unter dem Namen „Männerchor-Viederklang“ vereinigt.

Böblingen, 27. Juli. Eine von Frau Pauline Reith in Philadelphia zu Gunsten der hiesigen Kleinkinderschule veranstaltete Sammlung hat 4 000 M. ergeben, die bereits überwiesen und angelegt sind; außerdem sind von einem von hier gebürtigen Theodor Sierke in Amerika zu demselben Zweck 1 000 M. übergeben worden.

Stuttgart, 27. Juli. Die Landesgruppe Württemberg, des Deutschen Ruderverbands (älterer Rasseverein) hält am 4. und 5. September in Stuttgart (nicht am 11. u. 12. Sept. in Cannstatt) eine Rudersportausstellung ab. Da sehr wertvolle Gegenstände zur Beregung kommen und jeder Aussteller eine künstlerisch ausgeführte Plakette als Erinnerung erhält, dürfen die Besucher der Ausstellung voll beschrieft werden. Als Richter ist der bekannte Rudersportler Anton Essig-Heilbronn gewonnen worden. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle A. Schwinghammer, Stuttgart, Tel. 5782.

Stuttgart. Nach einer Meinung stehen dem Abwicklungsamt des früheren Kriegsministeriums keinerlei Pferde mehr zur Verfügung. Alle an die K. St. gerichteten diesbez. Besuche sind daher zwecklos.

Stuttgart, 27. Juli. Auch die hiesigen Lederwaren- und Reiseartikelgeschäfte haben nun eine Preisermäßigung für ihre Waren durchgeföhrt.

Stuttgart, 27. Juli. Auf verschiedene Anfragen, ob die Besäcker und Wägen der Kirchweih feuer abgehalten werden, hat der Gemeinderat beschloffen, Schaustellungen u. ähnliche Veranstaltungen bei diesen Feiern nicht zuzulassen. Daß die Abhaltung eines Volksfestes auch feuer nicht in Frage kommen kann, hat der Gemeinderat als selbstverständlich bezichnet.

Stuttgart, 27. Juli. Der bekannte Pilzforscher und -sofortkändner, Volkschulrektor Obermeyer in Gablingen ist 59 Jahre alt, gestorben.

Cannstatt, 27. Juli. Beim hiesigen Männerbad wurde die Leiche eines am Sonntag abend ertrunkenen Reichswehrsoldaten aus dem Redar gezogen.

Uhlingen, 26. Juli. Am Samstag nachmittag durchbrauste ein überaus heftiger Sturm unseren Bezirk. Er richtete durch Abreißen und Knicken von Ästen, sowie durch Abschütteln von Obst an den reich behangenen Bäumen ganz empfindlichen Schaden an; unter einzelnen Bäumen lag das Obst zentnerweise.

Höchste Zeit

ist es

„Den Gesellschafter“

das verbreitetste Blatt im Oberamtsbezirk Nagold

zu bestellen, wenn Sie denselben auf

1. August

nach pünktlich erhalten wollen.

Rottweil, 27. Juli. Die Arbeiter der beiden hiesigen Brauereien sind am Montag morgen in den Streik getreten, weil von Seiten der Arbeitgeber der Schiedspruch, eine Lohnerhöhung von 10 M. pro Woche und Mann ab 1. Juni abgelehnt wurde.

Uhlingen, 27. Juli. Die hiesige Polizeiwache ist nun aus dem Schulhaus abgezogen und in die Uhlinger Kaserne verlegt worden. Ihr Aufenthalt hat unter der hiesigen Arbeiterkassiererei viel Aufregung verursacht und bekanntlich auch zu einer Anfrage im Landtag geführt.

Rundelsheim O. A. Marbach, 27. Juli. Das Nachmittags Gewitter vom letzten Donnerstag hat auch einen großen Teil der hiesigen Markung heimgeführt. Die Feldfrüchte wurden je nach Lage zu 20-90% vernichtet. Auch der Weinstock wurde teilweise beschädigt, der Rübberg blies verpönt.

Heilbronn, 26. Juli. Der Ausschuß des Volksbildungsvereins veranstaltete gestern zum Abschluß des Sommerhalbjahrs der Volkshochschule ein Heimatfest. Der überaus reiche Besuch besugte neben dem schönen unterhaltenden und anregenden Verlauf, daß der Gedanke ein guter war. Schon am Samstag abend hatten sich die Förderer der Sache im Jugendheim versammelt, um sich über die künftige Gestaltung der Kurse auszusprechen. Es soll ein Zubehörtat geschaffen und die finanzielle Grundlage besser gesichert werden. Zum unterhaltenden Teil des Abends trug besonders der Dichter Anton Dörfler bei, der unter diesem Vorfall einige sehr ansprechende Gedichte aus seinen Werken vorlas. Das geführte Fest auf dem Gärtnereiplatz statt. Die Jugend unterhielt sich hier bei allerlei Spiel; Märchen wurden erzählt, Volklieder gesungen und die Dichter Schussen, Kämmle, Reppina, Lang und Dörfler trugen aus ihren mundartlichen Dichtungen allerlei Aßliches vor, was Jung und Alt erfreute. Man sah, daß man auch auf diese Weise und ohne Alkohol recht fröhlich sein kann.

Neue Anerkennung für die württembergischen Truppen.

General Ludendorff hat dem Herausgeber der „Föhlinger Zeitung“, Otto Wehrle, anlässlich der von ihm verfaßten Geschichte des Ulmer Grenadier-Regiments im Weltkrieg u. a. geschrieben: „Auch Ihr Buch wird dazu beitragen, die Erinnerungen an unsere gewaltigen Leistungen wachzuhalten. Was die württ. Truppen vollführten, gehört zu den glänzendsten Taten dieser an männlichem Handeln so reichen Zeit.“

Verkehr mit Herbstobst.

Stuttgart, 27. Juli. Die Oberamtsvorstände der Obstbezirke des Landes, die Vertreter der Erzeuger-, Händler- und Verbrauchervereinigungen waren heute im Sitzungssaal des Landesgewerbemuseums versammelt um über die Frage einer etwaigen Regelung des Verkehrs mit Herbstobst zu beraten. Die mehrstündige Besprechung ergab, daß man allerseits jeder Bewirtschaftung des Herbstobstes feindlich gegenüber steht, daß man dem Handel vielmehr freie Hand im Verkauf und in der Preisfestlegung lassen müsse.

Gewerkschaftliche Schuhoerförgung.

Die Gewerkschaften Württembergs und Hohenzollerns haben den Schuhoerkauf an ihre Mitglieder organisiert und eine aus Fachleuten bestehende Einkaufskommission festgesetzt. Das Schuhwerk wird zum Selbstkostenpreis abgegeben.

Auswandererrede.

Rußland braucht zu seinem Wiederaufbau unbedingt eine Menge von deutschen Ingenieuren, Technikern und gebildeten Arbeitern. Zur Zeit wird aber dringend vor Zugang selbst arbeitende Stellen, gewarnt. Die Lage ist trostlos. Gut leben in Rußland nur die Soldaten und bolschewistischen Kommissare. Weiße Arbeiter sind ungebaut und die Transportmittel genügen nicht für den heimischen Bedarf. Der Mittelstand ist zugrundegerichtet und der Bauer hat zwar in der Regel zu essen, bebaut aber nicht mehr, als er für seinen Bedarf gebraucht. Die sanitären Verhältnisse spotten jeder Beschreibung. Die Epidemien räumen furchtbar auf, so daß Todesfälle gar nicht mehr registriert werden. Die Städte sind vollständig verschmutzt und die Bevölkerung ist größtenteils verkommen. Die Lebensverhältnisse werden immer schlimmer. Ein Pfund Schwarzbrot kostet jetzt 280 Rubel, ein Pfund Butter 2400, ein Pfund Kartoffel 70, ein Pfund Hoder 1200, ein Paar Stiefel 15 000, eine Schachiel Streichhölzer 80, eine Kerze 300 Rubel.

Die wirtschaftliche Lage in Rumänien ist noch andauernd schlecht. Einer Auswanderung dorthin kann also noch nicht das Wort geredet werden. Für deutsche Reisende, die nach Rumänien fahren müssen, gelten folgende Bestimmungen: Der Reisende muß besitzen: 1) einen Reisepaß mit deutschem Ausreisefichtvermerk, 2) die Durchreise-Sichtvermerke der auf der Reise nach Rumänien zu berührenden Länder; diese sind einzuholen a) bei der tschecho-slawischen Poststelle in Berlin, Oranienburgerstraße 67; b) bei dem deutsch-österreichischen Generalkonsulat, Berlin, Keithstr. 19; c) bei dem ungarischen Konsulat Berlin W. Bismarckstr. 21; 3) den rumänischen Einreisefichtvermerk; zu dessen Erlangung hat sich der Antragsteller mit einem von dem rumänischen Ministerium des Äußeren gerichteten begründeten Antrage an die rumänische Militärmission Berlin, Leipziger Platz 3, zu wenden. Der Erfolg derartiger Anträge ist zweifelhaft, da Rumänien deutschen Reichsangehörigen bisher die Einreise nur ausnahmsweise gestattet hat.

Familiennachrichten.

Auswärtige.

Gestorben: Anton Wilhelm Koch, 19 J., Calw.

Legte Nachrichten.

Deutschland vor der Aufnahme in den Völkerbund?

London, 28. Juli. Lloyd George hat in einer Sitzung des Unterhauses bei der Anfrage betr. des Zeitpunktes des Eintretens Deutschlands in den Völkerbund mitgeteilt, in den nächsten Wochen werde es sich zeigen, ob es Deutschland mit den Einhaltungen der Bestimmungen des Friedensvertrages ernst meine. Wenn Deutschland tatsächlich zeige, daß es sein Bestes tun wolle, insbesondere in der Einhaltung der Bestimmungen der Entwaffnung und der Kohlenablieferung, so zweifle er nicht daran, daß der Beitritt Deutschlands zum Völkerbund in kürzester Zeit erfolgen könne.

Der Reichstag zu den Abmachungen von Spa.

Berlin. Laut „Völkischer Zeitung“ haben die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung die Abmachungen von Spa unterzeichnet und erwartet von allen Beteiligten, ohne Unterschied, daß sie was in ihren Kräften steht, rücksichtslos tun, um die Reichsregierung bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen.

Zur Deutschenausrottung in den Kolonien.

Berlin. Zu der Mitteilung der britischen Regierung über die Ausweisung aller Deutschen aus den früheren deutschen Kolonien Ostafrika, Kamerun u. Logo und die Liquidierung des deutschen Eigentums schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Trotz der formalen Rechtsgrundlage des Friedensvertrages wird dieses Vorgehen vom ganzen deutschen Volk als bitterstes Unrecht empfunden. Die englische Begründung, daß die Maßnahmen im Interesse der Eingeborenen getroffen worden seien, ist noch, so erklärt das Blatt, nicht stichhaltig. Eine Handvoll Deutscher könne den Frieden der bisherigen Kolonien nicht gefährden und der Wiederaufbau der deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen liege direkt im Interesse der Eingeborenen. Deutschland bleibe keine andere Waffe als die feierliche Beroahrung. Das Blatt fragt am Schluß: Wird der Völkerbund, die einzige Instanz, die laut Erklärung der Entente Deutschland alle Garantien für eine billige Anwendung des Ausreisungs- und Liquidationsrechts der Mandatäre bietet, England und Frankreich in die Arme fallen, wenn sie nun die deutsche Arbeit und das Deutschtum in den ehemals deutschen Kolonien bis auf die Wurzeln austrotten?

Das weltwirtschaftliche Gleichgewicht.

London, 28. Juli. „Daily Telegraph“ meint, die in einem internationalen Kompromiß mit Rußland liegende Gelegenheit, das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht der ganzen Welt herzustellen, sei eine der großmächtigen Europas wieser zu werden. In London dem Wortlaut der Woffenstille sein, wie weit es der Sowjet gegebenen Willen nach Verfü

Das kommunistische

Magdeburg, 27. Juli. meldet: In der Nacht vom 17. Juli zwischen dem Abgeordneten Joffe und dem Vorstehenden Dr. Vogt abgeschlossen war, nicht heißt es u. a.: Nach U

